

### Bericht aus der Stadtverordnetenversammlung



vom 29. August 2019

Der AfD-Stadtverordnete Markus Fuchs forderte von Oberbürgermeister Peter Feldmann Antworten auf seine Frage, wie dieser konkret seinen Vorstoß umzusetzen gedenkt, **Frankfurt zu einem `sicheren Hafen´ für Flüchtlinge zu erklären.** „Wo wollen Sie die `Flüchtlinge´ angesichts der angespannten Wohnungssituation unterbringen?“, fragte Fuchs. Doch außer „intergalaktischer konkret Ausführungen“ und „dem üblichem AfD-Bashing“ habe der Oberbürgermeister auch in dieser Sitzung wieder einmal nichts geboten.



Letztlich habe der Oberbürgermeister zuvor in typisch linkspopulistischer Manier unter dem Beifall von SPD und Grünen eine Forderung unterstützt, die von der Koalition bereits im Vorjahr in einem unerwarteten Anflug von gesundem Menschenverstand abgelehnt worden sei. „Aber wie zu erwarten war, war der gesunde Menschenverstand in einem Jahr gänzlich aufgebraucht“, konstatierte der AfD-Stadtverordnete. Er rief in Erinnerung, dass Rettung aus Seenot Rettung aus einer Notlage sei und Verbringung in den nächsten sicheren Hafen bedeute. Und dass dieser Hafen definitiv nicht Frankfurt heiße. „Mit ihrer Forderung retten sie nicht Afrika, sondern die Geldschatullen der



kriminellen Schlepper im Mittelmeer“, so Fuchs. „Was wollen Sie mit dieser Forderung konkret in Frankfurt erreichen? Geht es Ihnen um reine Symbolpolitik, um mal den linksgrünen Filterblasenbewohnern wieder populistisch Ihre vermeintliche moralische Überlegenheit zu demonstrieren? Oder wollen Sie tatsächlich aus Seenot Gerettete aufnehmen? Dann sollten Sie aber auch sagen, wie Sie sie unterzubringen gedenken!“, appellierte Fuchs an den Oberbürgermeister.

In der aktuellen Stunde zur `Handreichung´ des Hessischen Innenministers, wie mit **Demonstrationen vor Beratungsstellen der Pro Familia-Beratungsstellen** umzugehen ist, stellt Horst Reschke, AfD-Stadtverordneter eines klar: „Sie reden immer von Frauenrechten, Abtreibung ist immer noch ein strafbewehrtes Delikt und nur aufgrund einer ganz besonderen rechtlichen Konstruktion von der Strafverfolgung ausgeschlossen.“ Das führe zu dem, um was man sich hier streiten müsse, nämlich die Beratung. Bis jetzt sei es immer noch darum gegangen, dass die Frauen nicht durch Ansprache belästigt werden sollten. Nun drehe es sich um das Zeigen der Schockfotos. „Die sind nichts anderes als die Darstellung dessen, was in einem Körper passiert, wenn ein Leben dort



heranwächst. Und die zeigen, was eine Abtreibung tatsächlich medizinisch darstellt. Das müssen Sie hinnehmen“, merkte Reschke weiter an. Verräterisch an dieser Handreichung sei, dass man hier mit den juristischen Begriffen ständig hin und her eiere. „Einmal wird es Erlass genannt, dann heißt es, da könne sich der Dezernent ohne Zweifel dran halten. Am Ende ist es aber doch nur eine Handreichung“, so der AfD-Stadtverordnete. Ein Dezernent, der es nötig habe, auf eine Handreichung aus Wiesbaden zu hören betreffend einer Sachlage, über die er selbst entscheiden könne und müsse, komme einer Demontierung des Frankfurter Dezernenten gleich. Dieser habe stets versucht, die widerstreitenden Interessen in

den vorgeschriebenen Gesprächen auszugleichen. „Er hat aber jetzt gar nicht vor, aufgrund des Erlasses einen stahlharten Bescheid ergehen zu lassen. Er setzt auch hier im Rahmen einer Handreichung auf ausgleichende Gespräche, wo er dann den Demonstranten so viel abknorzen will, dass die Sache ohne Streit von statten geht“, schloss Reschke.

Zum von der AfD eingereichten Antrag betreffend das **integrierte Stadtkonzept** ergriff Reinhard Stammwitz das Wort. Der AfD-Stadtverordnete sprach sich dabei für eine **gezielte Steuerung des Zuzugs nach Frankfurt** aus. „Wir favorisieren ein Konzept, das sich auf Arrondierung und Optimierung beschränkt und vor allem die Interessen der Ansässigen im Auge hat“, sagte Stammwitz. Er verwies dabei auf den „ohnehin schon gegebenen Dichtestress“. Die Infrastruktur Frankfurts sei überlastet, es mangle an Schulen und Kindertagesstätten, Bauland und Wohnen würden immer teurer. Insgesamt werde es immer enger und die Lebensqualität nehme immer mehr ab.





# Bericht aus dem Stadtparlament

## AfD-Fraktion im Römer

Doch der Zuzug nach Frankfurt sei keineswegs naturgesetzlich vorgeben, sondern durchaus beeinflussbar. „Da der Platz für neue Gewerbe- und Bürobauten knapp ist, sollte die Stadt solche Arbeitsplätze bevorzugen, die ein besonders hohes Steueraufkommen erwarten lassen und zugleich die Umwelt und die Lebensqualität der Bevölkerung möglichst wenig beeinträchtigen“, erklärte Stammwitz. Zudem lasse sich der Zuzugsdruck mindern, wenn Arbeitsplätze aus Frankfurt heraus in die Provinz verlagert würden. Besonders geeignet seien `computeraffine` Arbeitsplätze, am besten in Kombination mit `Home-Office-Arbeitsplätzen`. „Die viel beschworene Stärkung des ländlichen Raums wäre ein Nebeneffekt. Der AfD-Stadtverordnete forderte ergänzend eine Gesamtverkehrsplanung für die Stadt und die Kommunen im Umland. Als letzten Punkt verwies er auf eine integrierte Siedlungsplanung, welche Frankfurt und die Kommunen „rund um den großen Frankfurter Bogen“ umfasse.

Stammwitz beklagte, dass sich unter den Zuzüglern zu viele unqualifizierte und perspektivlose Menschen befänden, die den Sozialstaat finanziell überbelasteten. Diese kämen überwiegend aus jenen Drittländern, aus denen Zuzüge nur im Rahmen von Asyl und Familiennachzug erfolgten. „Doch bei uns wird weiterhin so lange eine politisch korrekte Wirklichkeitsverweigerung betrieben, bis die Integrationsprobleme übermächtig werden - Beispiel Clan-Kriminalität - oder dem Sozialstaat die Verteilungsmasse ausgeht“, stellte der AfD-Stadtverordnete fest.

Informieren Sie sich:

Besuchen Sie die Bürgersprechstunden der AfD-Fraktion im Römer

**Nächste Bürgersprechstunde** findet statt: **16. Oktober 2019** um **17** Uhr in den Fraktionsräumen Raum 128.

Bitte informieren Sie sich regelmäßig über unsere politische Arbeit im Frankfurter Stadtparlament unter:

[www.stvv.frankfurt.de/parlis2/parlis.html](http://www.stvv.frankfurt.de/parlis2/parlis.html)

Die Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung sind öffentlich und beginnen um 16 Uhr.

Anmeldung zur Sitzung per Email unter:

[einlasskarten.stvv@stadt-frankfurt.de](mailto:einlasskarten.stvv@stadt-frankfurt.de)

Nächster Sitzungstermin der Stadtverordnetenversammlung ist am: **26. September 2019**

Sprechzeiten der Fraktionsgeschäftsstelle:  
Montag – Donnerstag 10 – 15 Uhr

Impressum:  
AfD-Fraktion im Römer  
Bethmannstraße 3  
60311 Frankfurt am Main

Email: [info@afd-im-roemer.de](mailto:info@afd-im-roemer.de)  
Internet: [www.afd-im-roemer.de](http://www.afd-im-roemer.de)



# Bericht aus dem Stadtparlament

## AfD-Fraktion im Römer

Telefon: 069 – 212 46222

ViSdP:

Dr. Dr. Rainer Rahn  
(Fraktionsvorsitzender)